

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

21 (2.6.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 21

Mannheim, 2. Juni 1948

Preis 15 Pfg.

Sowjetunion will Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen

Eine neue Erklärung der Sowjetunion — Schlag durch den gordischen Knoten

Der Meinungsaustausch zwischen den Vertretern der USA und der Sowjetunion und die offenen Briefe des USA-Präsidentenwahlkandidaten Henry Wallace an Stalin, sowie dessen Antwortschreiben wurden in der ganzen Welt mit größter Aufmerksamkeit beachtet, und erfüllten das Herz des einfachen friedliebenden Mannes mit neuer Hoffnung. Sogar in Amerika selbst gab es nicht wenige maßgebende Personen, welche die Bereitschaft der Sowjetunion, mit den USA Verhandlungen aufzunehmen, begrüßten. Doch die Antwort der USA war ernüchternd und die Türe, welche durch die Erklärung der USA vom 4. Mai um einen kleinen Spalt geöffnet war, wurde durch die neuerlichen Erklärungen wieder knallend zugeworfen. Im Zusammenhang mit der USA-Erklärung, welche in 11 Punkten zu den Fragen Stellung nimmt, die Unstimmigkeiten zwischen USA und UdSSR bedeuten, wird jetzt eine sowjetische Erklärung veröffentlicht, die gerade für das deutsche Volk von besonderer Bedeutung ist, und nicht unwesentlich zur Klärung der Dinge beitragen wird. Die Erklärung geht nochmals auf den Brief Henry Wallaces an Stalin und dessen Antwort ein und bezeichnet diesen als eine gute Grundlage zur Lösung der schwierigen Fragen. Zweiseitige Besprechungen, wie sie unter Roosevelt durchaus üblich und erfolgreich waren und wie sie auch die erste amerikanische Erklärung für möglich hält, sind die geeignete Basis, wenn auch die USA jetzt neuerlich eine andere Stellung einnimmt.

Die sowjetische Erklärung beantwortet eingehend die von der USA aufgeworfenen 11 Punkte. Ein Abkommen zwischen der UdSSR und der USA über Rüstungseinschränkung könnte wesentlich zur Festigung des Friedens beitragen, und hinsichtlich der Atomwaffe wird darauf hingewie-

sen, daß die USA-Regierung seit zwei Jahren alle sowjetischen Vorschläge, die auf ein Verbot der Atomwaffe hinarbeiteten, ablehnt und statt dessen nur von einer Kontrollkommission, welche indessen nur Sinn hätte, wenn vorher ein Beschluß auf Verbot gefaßt würde, dessen Durchführung dann zu kontrollieren wäre. Im einzelnen befaßt sich die sowjetische Erklärung mit der Frage der Sicherung der Demokratie und staatsbürgerlichen Freiheiten, die nicht nur für Länder wie Griechenland, Spanien und Iran von Bedeutung ist, mit der Wirtschaftshilfe für die kriegsbeschädigten Länder, die über die UN organisiert werden solle, trotz des Widerstandes der herrschenden Kräfte der USA, welche eine einseitige Hilfeleistung durch die USA benutzen um daraus Vorteile zu ziehen. Zur Frage des internationalen Handels stellte die Erklärung fest, daß die Handelsbeziehungen der Sowjetunion zu anderen Ländern eine stetige Entwicklung aufweise mit Ausnahme der zu den USA, welche alles tue, um die UdSSR zu diskriminieren. Der Versuch, die Errichtung und das Vorhandensein zahlreicher amerikanischer Stützpunkte in vielen Ländern der Welt mit der Zustimmung der Regierungen dieser Staaten zu rechtfertigen, wird als unvereinbar mit den Prinzipien der UN erklärt, und als ein Moment bezeichnet, das sehr zur Verstärkung und der Unsicherheit in der internationalen Lage beitrage. Während sich die amerikanische 11-Punkte-Note in bezug auf die Achtung der nationalen Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder auf die Feststellung beschränkt, daß es viele Tatsachen gäbe, die für sich selbst sprächen, verweist die sowjetische Note auf die Vorgänge in Griechenland und spricht von einer Einflußnahme auf die Wahlen in Italien unter Ausnutzung der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Not. Die Erklärung wendet sich gegen die Verschleppung eines Friedensvertrages mit Japan seitens der USA-Regierung und fordert, daß die amerikanischen und sowjetischen Truppen gleichzeitig aus Korea zurückgezogen werden. Da die Sowjetunion ihre Truppen vereinbarungsgemäß bereits aus China zurückgezogen hat, fordert sie auch von Amerika die Erfüllung der

Verpflichtung auf Zurückziehung der noch in China verbliebenen amerikanischen Truppenteile.

Von ganz besonderer Bedeutung für uns ist die Feststellung der Erklärung, daß die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und des Abzugs der Besatzungstruppen von den USA völlig übergegangen wird. Gegenüber dieser Einstellung der gegenwärtigen USA-Regierung zu den Lebensfragen des deutschen Volkes sagt die sowjetische Erklärung, daß gemeinsame Beschlüsse der Großmächte bestehen, die eine positive Lösung der deutschen Probleme nicht nur ermöglichen, sondern geradezu zur Pflicht machen. Trotz der einmütigen Beschlüsse von Potsdam und Jahta wurden jedoch die sowjetischen Vorschläge über Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, Errichtung zentraler Wirtschaftsverwaltungen und Bildung einer deutschen Regierung von den USA abgelehnt, deren Deutschlandpolitik den gemeinsamen Beschlüssen der Großmächte direkt entgegengesetzt sei. Sie stütze sich auf die friedensfeindlichen Kräfte Deutschlands, ziele auf die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials ab und berge die Gefahr in sich, daß Deutschland erneut in einen Stützpunkt für eine Aggression gegen die Völker Europas verwandelt werde.

Abschließend unterstreicht die sowjetische Erklärung nochmals, daß die Tatsachen selbst die Behauptungen des USA-Staatsdepartements widerlegen. Die Erschwerung der internationalen Verständigung gehe lediglich auf die Aenderung der Haltung der USA-Regierung zurück, die die von Präsident Truman mit unterzeichneten Beschlüsse ebenso verletze wie das Statut und die Prinzipien der Vereinten Nationen.

„Neues Deutschland“ erklärt in einem Leitartikel vom 26. Mai hierzu: Stalins Worte über Deutschland haben neue Hoffnungen erweckt. Das war wie ein Schlag durch den gordischen Knoten, der beinahe unlösbar gewordenen Viermächtedifferenzen: Sofortiger Friedensvertrag mit Deutschland und Abzug aller Besatzungstruppen innerhalb eines Jahres. Dieses Wort hat gezündet. An diesem Wort werden die Gegner Deutschlands nicht mehr vorbeilavieren können.

Wahlerfolg der KPD in Bayern

Katastrophale Niederlage der CSU — Stärkung der demokratischen Linken

Bei den Stadtratswahlen in 41 kreisunmittelbaren bayerischen Städten, welche am 30. Mai vor sich gingen, hat die KPD einen beträchtlichen Zuwachs ihrer Stimmen zu verzeichnen. Von 6,8 Prozent der Stimmen in den gleichen Städten im Jahre 1946 ist ihr Anteil jetzt auf 10 Prozent aller abgegebenen Stimmen gestiegen. Besonders augenfällig ist der Stimmenzuwachs der KPD in den Großstädten. So wurde die KPD in Nürnberg nach der SPD die zweitstärkste Partei und steht in München an vierter Stelle nach SPD, Bayernpartei und CSU. Obwohl die FDP ihren Anteil auf 7,6 Prozent verdoppeln konnte, ist doch die Zunahme der KPD-Stimmen auf 10 Prozent als weitaus entscheidender zu werten. Wenn man insbesondere bedenkt, daß die CSU einen Verlust von 27,2 Prozent auf nur noch 18 Prozent der abgegebenen Stimmen einstecken und selbst die SPD, welche in 22 Städten zur führenden Partei wurde, einen Verlust von 37,8 Prozent auf 30,9 Prozent hinnehmen mußte, ist der kommunistische Wahlerfolg um so be-

deutungsvoller. Bemerkenswert ist noch der Zuwachs der separatistischen Bayernpartei auf 15,6 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Laut Dena bezeichnete die KPD die „Desorganisation des reaktionären separatistischen Lagers und die Stärkung der demokratischen Linken“ als symptomatisch für den Verlauf der Wahlen. Der katastrophale Stimmenverlust der CSU, die in Bayern die autoritäre Regierungsgewalt ausübt, kann und wird nicht ohne Folgen bleiben. Auf Grund des durch die Wahlen zum Ausdruck gekommenen geänderten politischen Kräfteverhältnisses fordert die KPD, und sie wird hierin von der SPD unterstützt, die Auflösung des Landtages und neue Wahlen.

Er hats begriffen

(E.B.) „Ich bin ein Mensch, der denkt, und wer denkt, muß gegen den Marshall-Plan sein!“ führte der Betriebsobmann Erwig (Zentrum) der Guten-Hoffnungs-Hütte in Sterkrade an, als er nach dem Grund seiner Ablehnung des Marshall-Planes gefragt wurde.

Ich bin in der
Kommunistischen
Partei
Deutschlands



denn
sie
kämpft
für
die

Einheit Deutschlands!

Im Auftrag der Arbeiterklasse

„Wir können nicht die Masse als eine Menge von Nullen betrachten, die erst durch eine Ziffer an ihrer Spitze eine Zahl wird, wir suchen das Wirken der Masse nicht aus dem sie führenden Individuum zu begreifen.“ (Karl Kautsky)

In ihrem verzweifelten Kampf gegen Hunger und Not, der in den Streikbewegungen, welche um die Pfingstzeit wie eine Welle ganz Westdeutschland erfaßten, seinen Ausdruck fand, haben die Werktätigen nicht durchweg die Unterstützung bei den leitenden Funktionären ihrer Gewerkschaft gefunden, die man eigentlich voraussetzen müßte. Dies ist eine bemerkenswerte Erscheinung, die verdient, nicht übersehen zu werden. Sie zeigt ernste Bewußtseinsunterschiede an zwischen den werktätigen Massen und den Gewerkschaftsspitzen, die in fortschreitender Entwicklung zu verhängnisvollen Folgen führen müssen, wenn sie nicht rechtzeitig erkannt und unmißverständliche Folgerungen daraus gezogen werden.

Noch der Verlauf der Januar-Streiks dieses Jahres ließ von diesen Spannungen nichts sichtbar werden. Wohl konnten wir schon die Gewerkschaftsmüdigkeit einzelner enttäuschter Hitzköpfe, die ihr Mitgliedsbuch verärgert in die Ecke feuern wollten. Wir erinnern uns auch solcher Symptome, wie bei jener Streikkundgebung in Stuttgart, auf der der Redner, Ministerialrat Hans Stetter, durch zahlreiche Zwischenrufe unterbrochen wurde, die seine Rede als zu matt bezeichneten und verlangten, daß der anwesende Arbeitsminister für Württemberg-Baden, Rudolf Kohl, sprechen sollte, weil man anscheinend von ihm annahm, daß er der bessere Sprecher der Massen sei. Auch die Gewerkschaftskundgebung in Mannheim, anlässlich des gleichen Streiks, der eine Million Werktätige in Württemberg-Baden erfaßte, ist uns noch gut in schlechter Erinnerung mit der enttäuschend lauen Rede des ersten Vorsitzenden des ADGB, Schweitzer. Wir haben mit den Arbeitern von Benz, und Lanz, und MWM resigniert den Kopf schüttelnd den Mannheimer Marktplatz verlassen. Und noch eine nicht ganz angenehme Reminiszenz, die diesjährige Maikundgebung der Gewerkschaft in Mannheim, die nicht nur wegen der unzulänglichen „Fest-aufführung“ von ausgerechnet Schiller „Glocke“, sondern auch und besonders auf die spießige „Festrede“ des Gewerkschaftssekretärs Kleinknecht aus Stuttgart hin ein peinliches Gefühl des Unbefriedigtseins hinterließ. Der blasphemische Vergleich mit einer KDF-Veranstaltung, den wir verschiedentlich hörten, wird verständlich und verzeihlich angesichts der ernüchternden Dusche von leeren und zahmen Worten, die die Bereitschaft der Mannheimer Werktätigen abkühlte. Das sind Symptome, die dem aufmerksamen Beobachter, der gewohnt ist, sein Ohr bei den werktätigen Massen zu haben und all ihre Regungen und Bewegungen sorgfältig zu verfolgen, bereits zu denken geben mußten.

Aber, daß 100 000 von Arbeitern spontan die Arbeit niederlegten, ganz unvorschriftsmäßig, ohne vorher die Zustimmung der Gewerkschaftssekretäre einzuholen, daß sie sogar gegen den Willen dieser, welche abzubremsen versuchen, weiter zu streiken beschlossen, das ist durchaus neu. Die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Zu den Wahlen in der Tschechoslowakei

(PD) In einer Rundfunkansprache erklärte der Innenminister Nosek, das Ergebnis der Wahlen zur tschechoslowakischen Nationalversammlung sei der Ausdruck der Reife des Volkes, das seinen Weg gefunden hat. Nosek führte weiter aus: Das tschechoslowakische Volk marschiert im Vertrauen auf die eigenen Kräfte einmütig dem Sozialismus entgegen.

Nosek forderte die Wahlausschüsse auf, die Zählungen so abzuschließen, daß bis Mittwoch die endgültigen Ergebnisse vorliegen. Die Stimmzählung zur Wahl der tschechoslowakischen Nationalversammlung ergab bis Montag 80 Prozent aller abgegebenen Stimmen für die Nationale Front.

Von Prag liegen folgende Ergebnisse vor: Prag: Wahlberechtigt: 631 797, Nationale Front: 500 115, leere und ungültige Stimmzettel: 41 682. Brünn: Nationale Front: 177 355, leere und ungültige Stimmzettel: 5731.

Bauarbeiterstreik in Pforzheim

(E.B.) In einer öffentlichen Bauarbeiterversammlung am 1. Juni wurde einstimmig beschlossen, daß die seit heute früh niedergelegte Arbeit erst dann wieder aufgenommen wird, wenn das Wirtschaftsamt die angeforderten 315 Arbeitsanzüge und Schuhe an die Arbeiter verteilen wird. Der Mehrzahl der Arbeiter ist es nicht mehr möglich, mit der vorhandenen Arbeitskleidung die Arbeit anzutreten.

(Fortsetzung von Seite 1)

lizenzierte Presse begrüßt diese Erscheinung mit Überschriften wie: „Gewerkschaften vom Streik überrascht“, „Streiks ohne Gewerkschaften“, „Es wird weitergestreikt“.

„Der psychologische Moment ist gekommen, ein Ventil zu öffnen“, konnte im Januar der Württemberg-Badische Ministerpräsident Maier von der Unternehmerpartei DVP sagen, der Präsident des bayerischen Gewerkschaftsbundes Lorenz Hagen beeilte sich zu wiederholen „Der Empörung der Arbeiter muß ein Ventil geschaffen werden“, und jetzt unterlassen diese Streikenden die vorgesehene Vorankündigung an die lizenzierten Ventilöffner, die dann auch höchst empört darüber sind und ihre Zustimmung ungnädig verweigern. Da stimmt doch etwas nicht! Aber es kommt noch schlimmer! Da die Gewerkschaftsspitzen sich nicht entschieden hinter die Forderungen der Betriebsbelegschaften und an die Spitze der streikenden Werkstätten stellen, ihnen klare und erreichbare Kampfziele aufzeigend, wie es ihre Pflicht gewesen wäre, hören jene weder auf ihre Beschwörungen noch auf ihre Drohungen, sondern streiken weiter. Der handliche Provokateur-Plan M ist leider kurz vorher geplatzt, so daß es einige Mühe macht, den Kommunisten die Schuld in die Schuhe zu schieben. Fast ist es schon so weit, daß die Arbeitenden ausweichenden Resolutionen und inhaltlosen Erklärungen gewisser Gewerkschaftssekretäre nicht mehr Wert beimessen, als den Deklamationen aus hohlem Kopf und leerem Herzen irgendeines Ministers oder Bizonenbürokraten. Und während die Gewerkschaftspräsidenten und Vorsitzen im Januar von Ministerpräsidenten, Militärregierung und lizenzierten Presse wohlwollende Anerkennung und Belobigungen entgegennehmen durften, ja, einer von ihnen, Hans Böckler in Hamburg, wurde sogar zum Dr. h. c. ernannt, so brachten ihnen die Pfingststreiks nur Mißtrauensvoten seitens der streikenden Arbeiter ein. Ist es ein Wunder, daß die Lehre, die der Altmeister August Bebel der sozialistischen Arbeiterbewegung gab, lebendig blieb: „Schaut euren Führern nicht aufs Maul, schaut ihnen auf die Hände“? Vieles haben die Pfingstkämpfe der westdeutschen Arbeiter gezeigt; insbesondere aber, daß im Kampf das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse, das Klassenbewußtsein gewachsen ist. In wenigen Wochen und Monaten ist ihre Erkenntnis weiter fortgeschritten, als die einzelner Gewerkschaftsführer, insbesondere jener, die sich dem Marshall-Plan so fest verschrieben haben, daß sie zwangsläufig den Anschluß an die auf eine neue höhere Stufe zustrebende Bewußtseinlage der Arbeiterklasse nicht mehr finden. - Denn wer vom Marshall-Plan ist, der stirbt daran. Anstatt weise Doktorengespräche darüber zu führen, ob und inwieweit Gewerkschaftsarbeit Staatsauftrag sei, tut diesen not, die Ohren zu schärfen, um die millionenfache Stimme der organisierten Werkstätten zu hören, die ihnen aus allen Kämpfen und Bewegungen der Arbeiterklasse zuruft und in Erinnerung bringt:

Die Gewerkschaft sind wir, die organisierte Arbeiterschaft. Gewerkschaftsarbeit ist Gewerkschaftsauftrag, ist Massenauftrag, ist Auftrag der kämpfenden Arbeiterklasse. Durch uns, für uns und mit uns seid ihr beauftragt zu handeln! -kww-

Volksentscheid in Rheinland-Pfalz

Einer DPD-Meldung vom 22. 5. zufolge will die KPD Rheinland-Pfalz auf Grund der Landesverfassung in einem Antrag an den Landtag die Durchführung eines Referendums (Volksentscheid) fordern, in dem die Bevölkerung der Unteilbarkeit des Deutschen Reiches zustimmen und seine in der Weimarer Verfassung niedergelegten Rechte verlangen wird.

Unterschriftensammlung im Westen beginnt

(HVZ 22. 5.) Die KPD-Landesorganisation Hamburg hat für ihr Gebiet den Beginn der Unterschriftensammlung zum Volksbegehren für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden auf den 4. Juni 1948 festgesetzt. Die Zeit bis zu diesem Tage widmet die gesamte Parteioorganisation den vorbereitenden Arbeiten.

Wann kommt die Währungsreform?

Hintergründe der Währungsreform — Kommunisten beantragen Schutz der kleinen Leute

„Der Morgen“, Organ der LDP Berlin, schreibt am 30. Mai in einem Artikel mit dem Untertitel: „Hintergründe der Währungsreform“:

Wir Deutschen hofften alle auf eine Währungsreform für ganz Deutschland, um endlich einmal eine Vermögensbilanz aufstellen zu können und eine Uebersicht über Soll und Haben unserer Volkswirtschaft zu bekommen. Was aber drüben geplant wird ist keine Währungsreform, sondern eine Geldreform, die das Pferd am Schwanz aufsitzen will. Ihre Folge wäre notwendigerweise die endgültige Zerreißen der deutschen Einheit, ihre Wirkung für die damit beglückten deutschen Länder bestenfalls eine Kampferspritze von sehr vorübergehender zeitlicher Wirkung. Sie würde allerdings die Voraussetzung geben, den Ausverkauf

Deutschlands, der mit den bisherigen Mitteln nicht weiter zu betreiben ist, mit anderen Methoden fortzusetzen. Für manche Business-Leute ein nutzbringendes Geschäft, für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Einheit der Todesstoß... Wir dürfen doch dagegen Einspruch erheben, daß künstlich aufgebauete Meinungsverschiedenheiten im Kontrollrat auf Rücken und Nerven des deutschen Volkes ausgepackt werden, nur um dahinter die Manipulationen einer brutalen Gesellschaftspolitik zu verstecken.

Sicherung der Löhne / Vermögen bis RM 10 000.— unangetastet

Die kommunistische Landtagsfraktion hat im württ.-badischen Landtag folgenden Antrag zur Beratung des

Etats der Allgemeinen Finanzverwaltung eingebracht:

- Der Landtag wolle beschließen:
1. Die Staatsregierung zu ersuchen, ihren Einfluß sowohl bei den Besatzungsmächten wie bei dem bizonalen Wirtschaftsrat in Frankfurt — insbesondere durch die Regierungsvertreter im Zweizonen-Länderrat — geltend zu machen, damit bei der Währungsreform nachstehende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:
a) Sicherung der ungekürzten Weiterzahlung der Löhne, Gehälter, Renten und Pensionen bis zu 250.— RM monatlich.
b) Bevorzugte Behandlung der Vermögen der Sozialversicherung, sozialen Organisationen und Gewerkschaften.
c) Durchführung eines sozialen Lastenausgleiches gleichzeitig mit der Währungsreform, wobei das Sach- und Barvermögen bis zu einer Gesamthöhe von RM 10 000.— unangetastet bleibt.
d) Abgabenstaffelung aller über RM 10 000.— liegenden Sach- und Barvermögen nach sozialen Gesichtspunkten.
e) Einziehung aller Kriegs- und Spekulationsgewinne.
 2. Die Staatsregierung zu ersuchen, die Bildung einer deutschen Zentral-Finanzverwaltung als der Voraussetzung für eine gesamtdeutsche und soziale Währungsreform zu unterstützen.
Stuttgart, den 29. Mai 1948.

„Kleine Gedächtnisstütze“

„Die Neue Zeit“, Organ der CDU Berlin, schreibt u. a.:
Kleine Gedächtnisstütze! Es gibt keinen einzigen Deutschen, der nicht für die Einheit Deutschlands ist. Es gibt doch in ganz Deutschland keinen Deutschen, der nicht selbstverständlich für die Einheit unseres Vaterlandes wäre. Es gibt in Nord und Süd, in Ost und West keinen ernst zu nehmenden deutschen Politiker, der nicht die Einheit Deutschlands als unabdingbare Notwendigkeit für eine endgültige Befriedung Deutschlands ansieht. Diese und ähnlich lautende Sätze haben wir in den letzten Tagen häufig in den westlichen Zeitungen gelesen. Allerlei Namen von Prominenten stehen darunter. Den guten Glauben guter Prominenter wollen wir nicht in Zweifel stellen. Da aber das Gedächtnis auch ncher prominenter Leute kurz ist, sei es uns erlaubt, als Gedächtnisstütze einige bescheidene Fragen zu stellen.
Sind die Abgeordneten des saarländischen Landtags, die der Verfassung des Saargebietes und damit der Abtrennung des Gebietes von Deutschland zustimmen, keine Deutschen gewesen?
Sind die Anhänger der Bayernpartei, die es einem souveränen und autonomen Bayern überlassen wollen, ob es sich einem deutschen Staatenbund anschließt oder nicht, keine Deutschen?
Sind die Parteigänger der Südschleswig-Holsteinschen Vereinigung, die als Ziel die Vereinigung Schleswigs mit Dänemark proklamiert haben, keine Deutschen?
Sind die Männer im Süden, die von einer Donauföderation träumen, keine Deutschen?
Sind jene Politiker in der französischen Zone, die selbst den Anschluß ihrer Zone an die Bizonen abgelehnt haben, weil das für ihre Länder nicht vorteilhaft sein könnte, keine Deutschen?
Sind die Politiker der Westzonen, die sich bereit erklärt haben, an der Schaffung eines Weststaates mitzuarbeiten, keine Deutschen?
Ist insbesondere der Ministerpräsident von Württemberg, der noch vor wenigen Tagen vor Pressevertretern in Stuttgart erklärt hat, die Lösung des Westproblems dulde nun keinen weiteren Aufschub mehr, kein Deutscher?
Diese Liste ließe sich verlängern. Aber vielleicht genügt die Gedächtnisstütze. Man mag einwenden, es handle sich ja um verhältnismäßig kleine Gruppen, während die Mehrheit des deutschen Volkes... gewiß! Aber erst zu nehmen sind diese kleinen Gruppen gewiß. Ihre politischen Möglichkeiten sind nicht klein. Gegen diese ernst zu nehmenden Gegner der deutschen Einheit gilt es, den Willen der Mehrheit durch das Volksbegehren moralisch wirksam zur Geltung zu bringen.

Freiheit der Meinung

Sender Berlin ist Treffpunkt aus dem Westen vertriebener unabhängiger Rundfunkjournalisten

Mr. Lochner von der US-Nachrichtenkontrolle bei Radio Frankfurt erklärte einem Bericht der Frankfurter Rundschau am 1. Mai zufolge kürzlich in einem kleinen Kreise lizenzierten Presseleute, es könne jeder Kommentator frei seine Meinung sagen, wenn auch der Sender sich natürlich die geeigneten Leute herausuchen müßte. Auf dieses „wenn auch“ kommt es allerdings an, und wir können dem Mr. Lochner nur empfehlen, jeden Samstag um 21.40 den Berliner Rundfunk einzuschalten, wo er eine ganze Reihe von Rundfunkjournalisten und Kommentatoren hören wird, die in der Sendung „Treffpunkt Berlin“ wichtige Fragen der Gegenwart diskutieren. Alle diese Kommentatoren waren an Sendern der westlichen Besatzungszone tätig, und sie trafen sich in Berlin, weil, einer in einem Interview sagte, nirgends mehr ein Mikrofon war, vor dem sie offen die Wahrheit sagen konnten. Mr. Lochner kann dort u. a. hören:

Den ehemaligen Mitarbeiter des NWDR Hans Günther Cwoydrak, jetziger Leiter der literarischen Abteilung des Berliner Rundfunks.

Den ehemaligen Kommentator von Radio München, Herbert Gefner.

Außerdem den Schriftsteller Stefan Hermlin und den Chefredakteur Helmut Schneider, zwei Männer, die Mr. Lochner sehr gut kennen wird, denn sie waren ja an seinem eigenen Sender, bei Radio Frankfurt, tätig und wurden dort unter fadenscheiniger Begründung entlassen. Seit einiger Zeit ist im Berliner Rundfunk der Kommentator des NWDR, Karl Eduard von Schnitzler, tätig, der ebenfalls entlassen wurde, weil er nicht das erforderliche Maß „westlicher Gesinnung“ aufbrachte, und schließlich neuerdings der ehemalige Mitarbeiter des NWDR Köln und spätere Chefredakteur von Radio München, Dr. Karl Georg Egel. Dies sind nur einige Rundfunkjournalisten, die infolge der Unterdrückung der Meinungsfreiheit aus dem Westen vertrieben wurden.

Jeder Kommentator kann frei seine Meinung sagen, meint Mr. Lochner. Auch Sie können die aus dem Westen vertriebenen Rundfunkkommentatoren jede Woche mit dem kleinsten Apparat im Berliner Rundfunk auf Langwelle 1571 m, d. h. auf der Wellenlänge des früheren Deutschlandsenders, hören und sich selbst ein Urteil bilden über das, was Wahrheit oder Entstellung ist. -r-

KPD-Antrag gegen Preiserhöhung angenommen

Frankfurt, 29. Mai. (Nach DPD) Der Wirtschaftsrat beschloß am Mittwoch auf Antrag der KPD-Fraktion, vor der Währungsreform keine Zustimmung zu Preiserhöhungen zu geben. Dieser Antrag wurde mit 36 Stimmen der SPD und KPD gegen 3 Stimmen der Demokraten und bei Stimmenthaltung der CDU/DP, des Zentrums, der WAV und einiger demokratischer Abgeordneten angenommen.

Weiterhin hat der Wirtschaftsrat die Militärregierungen einstimmig gebeten, die Demontagen noch einmal nachzuprüfen. Sie werden darum ersucht, sich entsprechendes Material vorlegen zu lassen, einen Ausschuß einzusetzen und bis zu dessen Stellungnahme alle Demontagen, die den europäischen Wiederaufbau gefährden, nicht vorzunehmen.

In dem Antrag, der vom Wirtschaftsausschuß vorgelegt worden war, wird darauf verwiesen, daß das europäische Wiederaufbauprogramm, in das auch Deutschland durch den Marshallplan einbezogen sei, durch die vorgesehenen Demontagen ernstlich gefährdet erscheine. Längere Zeit nahm auf der Sitzung am Mittwochmorgen, durch die die 16. Vollversammlung des Wirtschaftsrates abgeschlossen wurde, die Debatte über eine Erhöhung der Gas- und Strompreise in Anspruch. Durch die Annahme des KPD-Antrages wurde ein Antrag des Wirtschaftsausschusses hinfällig, der die Erhöhung der Gas- und Strompreise um rund 2 Rpf. je Kubikmeter bzw. Kilowatt vorsah.

Verwaltungsrat gegen Preisbeschuß

Nach Mitteilung Dr. Pünders mißbilligt der Verwaltungsrat den Beschluß des Wirtschaftsrates, vor der Währungsreform keine Preiserhöhungen mehr vorzunehmen. Das praktische Ergebnis dieses Beschlusses sei außerordentlich bedauerlich. Der Verwaltungsrat sei der Auffassung, daß die unbedingt notwendigen Preiserhöhungen noch vor einer Währungsreform vorgenommen werden müßten. Die Frage, ob es auch noch vor der Währungsreform notwendig sein werde, die Löhne und Gehälter den Preisen anzugleichen, wurde von Dr. Pünder bejaht. Die Angestellten der Post und der Eisenbahn könnten am sichersten mit einer solchen Angleichung rechnen. Der Vertreter des Direktors der Verwaltung für Wirtschaft, Dr. Kaufmann, ergänzte die Antwort Dr. Pünders dahin, daß es unbedingt erforderlich sei, die Kohle- und Stahlpreiserhöhungen auf andere Erzeugnisse schnellstens abzuwälzen, da sonst die Wirtschaft nicht in der Lage wäre, Lohnerhöhungen zu bewilligen. (DPD)

Kirchenvertreter für Deutschlands Einheit

(MD Rdfk.) Pfarrer Wolf von der evangelisch-freikirchlichen Gemeinschaft erklärte zum Volksbegehren: „Die Frage der Einheit und eines gerechten Friedens ist keine Partei- oder Klassenfrage, sondern eine Lebensfrage des gesamtdeutschen Volkes.“

Rat der Ministerpräsidenten

(EB) Wie wir aus Stuttgart erfahren, wurde beim Wirtschaftsrat in Frankfurt eine neue Körperschaft gebildet, die sich „Rat der Ministerpräsidenten“ nennt. Seine Aufgabe besteht in der Ausarbeitung von Vorschlägen für die Konstituierung und die Wahl eines westdeutschen Parlaments. Demnach scheinen also deutsche Politiker tatsächlich bereit zu sein, trotz aller gegenteiligen schönen Worte, die Verantwortung für die Zerreißen Deutschlands auf sich zu nehmen.

Studiumsmöglichkeiten in Ost und West

Wuppertal. (Eig.-Ber.) Die Arbeitsgemeinschaft der Studierenden Verbände der Ingenieurschulen hielt vom 6. bis 9. Mai in Wuppertal eine Tagung ab, an der etwa 300 Vertreter von 30.000 Studierenden aus allen vier Zonen und Berlin teilnahmen.

Frau Stadtrat Luise Grimm zum Gedenken

Unter großer Anteilnahme der Mannheimer Bevölkerung geleitete am vergangenen Freitag die Kommunistische Partei ihre unerwartet aus dem Leben geschiedene Genossin, Frau Stadtrat Luise Grimm, zur letzten Ruhe.

Oberbürgermeister Dr. Cahn-Garnier ehrte mit warmen Worten das Andenken der verstorbenen Stadträtin und sprach im Namen des Stadtrats sowie der Stadt Mannheim den Dank für ihre Mitarbeit aus.

Die Gewerkschaft, so erklärte der Vorsitzende des ADGB Mannheim, Herr Schweitzer, betrauert tief den Verlust der Kollegin Luise Grimm.

Unzählige Kranz- und Blumenspenden, überreicht von ihren Freunden und Genossen, hüllten das Krematorium in ein Meer von Blumen.

Die Ausgebeuteten

Von Josef Morche

„Eine der Lieblingsthesen der sowjetischen Politiker“, schreibt die amerikanische „Neue Zeitung“, ist die Ausbeutung des Arbeiters in den kapitalistischen Ländern im Gegensatz zur Freiheit des Arbeiters in der Sowjetunion.

Table comparing living costs in the USA and USSR. Columns: Item, USA, UdSSR. Rows include wheat, meat, butter, beer, clothing, and housing.

Diese Berechnung in der amerikanischen Zeitung für die deutsche Bevölkerung „Neue Zeitung“ sollte eine geistige Atombombe im Kampf gegen die Sowjetunion und im Kampf gegen den Sozialismus darstellen.

3. Landesbezirksparteitag der KPD Nordbaden

am 5. und 6. Juni 1948 im Mannheimer Rosengarten

Samstag, den 5. Juni 1948

- 10.00-12.00 Uhr Kommissionstagungen
a) Politische Kommission, Lokal: Rosengarten
b) Arbeit und Sozialpolitik, Lokal: Rosengarten
c) Werbung - Schulung - Kulturarbeit, Lokal: Rosengarten
d) Organisationsarbeit, Lokal: Rosengarten
e) Land- und Flüchtlingsarbeit, Lokal: „Kleiner Rosengarten“, U 6, 19
f) Kommunalpolitik, Lokal: „Kl. Rosengarten“, U 6, 19
g) Jugendarbeit, Lokal: Parteibüro, S 3, 10
h) Frauenarbeit, Lokal: Rosengarten.

- 12.00-14.00 Uhr Mittagspause
14.00 Uhr Eröffnung des Parteitages, Paul Schreck. Wahl des Präsidiums und der Mandatsprüfungskommission
15.00-16.30 Uhr Referat: „Politische Lage und Aufgabe der Partei“. Referent: Walter Fisch (Ffm.)
16.30-17.30 Uhr Bericht des Bezirksvorstandes, Ref.: Willy Grimm
17.30-18.00 Uhr Bericht der Landtagsfraktion, Referent: Robert Leibbrandt (Stgt.)
18.00-19.30 Uhr Berichte der Kommissionen

Sonntag, den 6. Juni 1948

- 9.00- 9.30 Uhr Bericht der politischen Kommission
9.30-14.00 Uhr Diskussion
14.00-15.00 Uhr Revisionsbericht, Abstimmungen über Anträge und Entschlüsse, Wahlen.
15.00-15.30 Uhr Schlußansprache.

Mannheimer Wiederaufbauprobleme

Was geht am Paradeplatz vor?

Einer unserer Leser bedauert in einer Zuschrift, daß der im Herzen der Stadt liegende freie Paradeplatz jetzt verbaut wird und ist der Ansicht, daß es bestimmt andere Gelegenheiten gäbe, um Hotel-Restaurants zu errichten, z. B. durch Ausbau des beschädigten Parkhotels.

„Wenn man bedenkt, daß man auf der einen Seite für den Ausbau von Klein- und Kleinstwohnungen das äußerste aufbietet, um überhaupt die Materialansprüche, die hierzu nötig sind, zu bewältigen, so ist es unerklärlich, wie die Stadtverwaltung dazu kommt, daß sie nicht nur das Material, sondern auch die Arbeitskräfte für den Neubau eines Restaurant-Betriebes zur Verfügung stellt und finanziert!“

Man müßte, um den Wunsch der Mannheimer Bevölkerung in obiger Angelegenheit näher kennen zu lernen, eine Befragung bei den Kellerbewohnern vornehmen, um die richtige Antwort den Befürwortern dieses Objektes zu geben.“

Zwischen den Quadraten

In den Quadraten unserer Stadt, die trotz der ungeheuren Kriegszerstörungen bereits wieder einen Großteil ihrer ehemaligen Bevölkerung in ihren Mauern aufgenommen hat, harren eine Reihe von Fragen der Lösung, die nunmehr nicht mehr länger auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben werden können, sondern im Rahmen eines

planmäßigen Wiederaufbaues endlich angegangen werden müssen. Wir sollten dabei nicht selbstgerecht auf andere Städte verweisen, wo möglicherweise noch weniger getan wurde, sondern unsere eigenen Notwendigkeiten und Möglichkeiten im Auge behalten und inwieweit wir diesen gerecht zu werden suchten.

Bei aller Baustoff- und Facharbeiterknappheit können wir doch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß der Zu-

stand verschiedener Straßen in der Innenstadt unwürdig einer Stadt ist, die, wenn auch heute noch in Trümmern, doch früher als eine der saubersten Städte galt. Schlaglöcher, zerstörte Betondecken und Pflaster hemmen den Verkehr und machen insbesondere bei regnerischem Wetter den Fußgängerverkehr zu keinem ungetrübten Vergnügen.

Die Mannheimer Straßenmisere tritt uns noch in einer anderen Erschei-

nungsform sehr eindringlich entgegen. Es gibt eine Reihe von Straßen, in denen schon zum vierten und fünften Male die Feldbahnschienen zum Abtransport von Trümmern verlegt werden. Dies läßt nicht darauf schließen, daß man mit besonderer Planmäßigkeit bei der Beseitigung der Trümmer vorgeht.

Allerorts sind auch in unserer Innenstadt, oft hinter einer schützenden Kulisse von Trümmern, große und kleine einstöckige Bauten im Werden oder schon vollendet, die kaum zur Verschönerung unserer Stadt beitragen und wohl auch in keinen Wiederaufbauplan, wie immer er auch aussehen möge, hineinpassen dürften.

Wollen wir hoffen, daß die neue Mannheimer Stadtverwaltung eine Reihe von Problemen, die zwischen und in den Quadraten unserer Stadt ihrer baldigen Lösung harren, nicht mehr verzögert, sondern tatkräftig angeht.

Wildschweine fressen unser Brot

Laut Mitteilung des württembergisch-badischen Landwirtschaftsministeriums wurden 4737 ha Wintersaat durch Wildschweine vernichtet. Das bedeutet Brot für wenigstens 7500 Normalverbraucher für einen Monat.

Die Militärregierung erklärte nun auf eine Resolution des Bauernverbandes, daß sie bisher nicht festgestellt habe, daß die Plage zu einer Gefahr geworden sei. Die bisher genannten Schäden seien stark übertrieben, es würden jedoch Maßnahmen zur Bekämpfung der Wildschweine erörtert.

Im Interesse der Verbraucher und der Bauern hoffen wir, daß aus diesen Erörterungen bald eine tatkräftige Bekämpfung der Plage wird.



und mehr Anzüge zu verdienen, ganz abgesehen von den Herren Rockefeller, Dupont und wie sie heißen, die sich in einer Sekunde allein schon mehrere Anzüge erarbeitet haben.

Vielleicht sagt nun jemand, das wäre alles Unsinn, Unmögliches. Nein, das wäre nichts Unmögliches, wenn die von einer englischen Handwerkskammer zusammengestellten Zahlen richtig wären. Es ist aber schon falsch, wenn offensichtlich amerikanische Facharbeitergehälter mit russischen Straßenfegerlöhnen verglichen werden.

Eine andere Seite ist die Warenqualität. Würden die Amerikaner nun billigere Stoffe nehmen, könnten für das gleiche Geld um zwei Drittel bis zur Hälfte mehr Stoffe gekauft werden. Also geht es auch nicht, einen amerikanischen billigen Konfektionsanzug einem russischen Kammgarnanzug wertmäßig gleichstellen zu wollen.

Dergleichen Einwände gäbe es noch viele, die zur restlosen Bloßstellung jenes „Neuen Zeitungs“-Statistikers führen, der glaubt, die Ausbeutung in Amerika abgeschafft zu haben.

Wir können nach der Schilderung nur hoffen, daß nicht wirklich ein Tag in Amerika für die Bekleidung der Notleidenden in Europa gearbeitet wird. Es wäre dann zu befürchten, daß Europa in einer Flut von Stoffen unterginge.

Soll Bodenreform weiter verschleppt werden?

Kommunistischer Antrag auf beschleunigte Durchführung im Landtag angenommen.

(V. St.) Die Sitzung des württembergisch-badischen Landtages vom 26. 5. 1948 befaßte sich mit verschiedenen Anfragen und Anträgen. Darunter befand sich ein Antrag des Landwirtschafts- und Ernährungsausschusses, der verlangte, daß die Landabgabe des Großgrundbesitzes im Zuge der Bodenreform (es handelt sich um den sogenannten Bodenreformersatz der US-Zone) so durchzuführen sei, daß volkswirtschaftliche Interessen nicht gefährdet werden und daß Veredelungs- und Vermehrungsbetriebe erhalten bleiben müssen. Der Sinn dieses Antrages war klar, er würde allen Gegnern der Bodenreform neue Entschuldigungen für ihre Nichtdurchführung in die Hand gegeben haben. Die Kommunisten stellten ihm einen Antrag gegenüber, der verlangt:

1. Beschleunigte Durchführung der Bodenreform zur Sicherung der Ernährung und der Erhaltung der Existenzfähigkeit der Kleinbauern und Kleinpächter sowie zur Ansiedlung von Neubauern.
2. Vorschläge für gesetzliche Maßnahmen, damit der landwirtschaftliche Grundbesitz von nichtbäuerlichen Besitzern, die den Boden nicht selbst bearbeiten, z. B. Industrielle, zur Bodenreform herangezogen werden kann.
3. Dem Landessiedlungsamt ein ausreichendes Kontingent an Baustoffen zuzuweisen, damit der Ausbau neuer Bauernstellen durchgeführt werden kann.

In der längeren Debatte vertrat der Berichterstatter des Ausschusses, Wacker (CDU), auch als Abgeordneter einen Standpunkt, der praktisch auf die Ablehnung jeder Bodenreform hinausläuft. Weil der Großgrundbesitz in Nordwürttemberg-Nordbaden nicht so umfangreich ist, daß alle 20 000 Bewerber befriedigt werden können, soll überhaupt kein Land-

hungriger etwas bekommen, das ist die Logik.

Julius Schätzle (KPD) charakterisierte die Praxis des Bodenreformersatzgesetzes der US-Zone. Die Gartenlandaktion konnte durchgeführt werden, weil sich die Klein- und Mittelbauern in allen Dörfern bereit erklärten, an die Neubürger etwas Land abzugeben. Der Großgrundbesitz aber wehrt sich und versucht mit Hilfe seines Einflusses die Enteignung hinauszuschieben. Das Siedlungsamt rechnet mit ca. 23 000 Hektar Land, das gegen Entschädigung zur Verfügung gestellt werden kann. Der Betrag ist erst nach der Währungsreform aufzubringen, so daß der Neusiedler gleich von vorne herein mit einer schweren Hypothek

belastet ist. In den vergangenen zwei Jahren wurden neben der Gartenlandaktion mit insgesamt 2500 Hektar in Württemberg-Baden nur 135 Neubauern mit Land versorgt.

In der Debatte hatte ein CDU-Abgeordneter die kommunistischen Anträge als „Agitationsanträge“ bezeichnet. Um so verwunderlicher war es, daß eine starke Mehrheit des Hauses allen drei Ziffern des kommunistischen Antrags zustimmte. Daß es den Kommunisten mit der Bodenreform ernst ist, darüber besteht kein Zweifel. Wer macht also Agitation? Es wird nicht zuletzt an den Neubürgern, den Pächtern und Kleinbauern liegen, daß auch in der Tat die Bodenreform nicht weiter verschleppt wird.

Flüchtlinge als Landarbeiter

Skandalöse Zustände auf einem Hofgut

Es sind ausgewiesene Deutsche aus Jugoslawien, die neun Familien, die auf dem Edinger Hof arbeiten. Als Flüchtlinge haben sie ihr gut Teil Leid hinter sich, wie alle ihre zahlreichen Schicksalsgenossen auch. In der Öffentlichkeit dürfte das Schicksal, das die Neubürger durchlebt haben, hinreichend bekannt sein. Die öffentliche Propaganda darüber reißt ja nicht ab. Was aber weniger bekannt ist und worüber des Sängers Höflichkeit schweigt, sind die Verhältnisse, unter denen heute die Neubürger in Deutschland zu leben gezwungen sind. Wer diese Seite des Neubürgerlebens kennenlernen will, muß sich auf den Edinger Hof begeben. Das sind keine menschlichen Wohnungen mehr, die wir dort antrafen, das sind Menschenställe. Ein schiefer Speicherraum für vier Personen zum schlafen, wohnen und kochen. Ein Durchgangsraum, eigentlich mehr ein geräumiger Treppenhauseinsatz, als Wohnraum für vier Personen. Steinböden, Wände ohne Anstrich, rohe Holztische und Hocker und alte Kästen als Möbelstücke, teilweise nicht einmal ein Herd, das sind die Wohnungen der Landarbeiter. Männer und Frauen arbeiten täglich neun Stunden (während der Ernte mehr), bei einem Stundenlohn von 45 Pfennig für Männer und 35 Pfennig für Frauen. Ungefähr 40 Mark Bargeld verbleiben den Familien pro Woche bei der Arbeit von Mann und Frau. Davon müssen sie doch die Lebensmittel, die vom Hofe bezogen werden, bezahlen. Die zugeteilten Rationen reichen nicht aus zur Ernährung der Familien. In kleinen Gärten von je 200 qm pflanzen sich die Landarbeiter ihr Gemüse nach der schweren Arbeit des Tages selbst.

Die Arbeiter erhalten nach Angabe des Verwalters genau das, was ihnen zusteht. Ist ein Arbeiter krank, sei es auch nur einen Tag, zieht man ihm die Milch ab. Das sei Vorschrift. Wir hoffen, daß der Landarbeiterverband einmal genau feststellt, ob die Verpflegung tatsächlich den Vorschriften entspricht.

Man kommt in eine andere Welt, wenn man die Wohnung des Gutswalters, eines Flüchtlings aus der Ostzone, betritt. Komfortable helle Räume, die zu den Wohnungen der Landarbeiter in einem Gegensatz stehen, wie er sich drastischer nicht gedacht werden kann. Der Verwalter hat nach seiner Auffassung nicht mehr Platz, als ihm zusteht. Neben Schlafräumen für Eltern und Kind, Küche, zwei Speisekammern, Waschküche, Büro, ein sehr geräumiger Speiseraum für die Familie, einen Raum für den Hausherrn, ein Zimmer für eventuelle Gäste, ein freundliches Zimmerchen als Bad feklariert u. a., da läßt es sich bestimmt gut wohnen.

Wenn der Wohnungsausschuß von Edingen seine Aufgabe ernst nimmt, dann sind für die zusammengepferchten Flüchtlinge noch einige Räume im Hause des Verwalters zu gewinnen. Darüber hinaus dürfte es dem Besitzer des Gutes, dem Grafen Oberndorf von Neckarhausen, bestimmt möglich sein, falls der gute Wille vorhanden ist und falls er seine guten Verbindungen ausnützen würde, aus dem landwirtschaftlichen Baukontingent Baustoffe zu erhalten. Ein leerer Bau ist vorhanden, der zu Wohnungen ausgebaut werden könnte. Auch im Schloß des Grafen von Oberndorf in Neckarhausen

wäre noch Platz für manche Flüchtlingsfamilie; schließlich kann ja der Graf seine Selbstversorgung und seine Milch vom Edinger Hof nur deshalb jeden Tag abholen lassen, weil die Neubürger des Edinger Hofes für ihn schufteten.

Das Brünner Treffen

(V. St.) In Ludwigsburg trafen sich am Pfingstmontag 7000 bis 8000 ehemals in Brünn beheimatete Sudetendeutsche und gründeten die Landsmannschaft ehemaliger Brüner. Geplant ist ein Zusammenschluß aller Landsmannschaften.

Die Referenten, Dr. Lodgemann-Aue, „ehemal. Landeshauptmann von Böhmen“, Karl Ritter von Klimisch, Direktor Franz Kubelka, Direktor Hilmer und Herr Robisch, sind schon bei der Münchener Tagung der ehemaligen Brüner durch ihre völkerverhetzenden Reden aufgefallen. Lodgemann-Aue sagte, Hitler habe wenigstens einmal recht gehabt, als er auf die „Gefahr aus dem Osten“ hinwies. Dir. Hilmer, „entnazifizierter“ Reaktionsär, der in der bayerischen CSU sein Unwesen treibt, sieht den Rückweg in die angestammte Heimat entweder über eine blutige Auseinandersetzung oder über Churchills Europa-Union und den Marshall-Plan. Alle Redner sahen in dem „tschechischen Nationalkomitee“ der Emigranten ihre kommenden Verbündeten, „gegen die man keinen Haß tragen dürfe“, sondern mit denen man „Hand in Hand“ zusammenarbeiten müsse.

Die Masse der Tagungsteilnehmer folgte den Reden mit wenig Aufmerksamkeit. Sie sahen vielmehr in der Zusammenkunft eine Möglichkeit, alte Bekannte wieder zu treffen. So war den Referenten ein Weiterreden trotz Lautsprecheranlage oft unmöglich gemacht. Auffällig war, daß die Redner trotz aller Hetze den Termin der Heimkehr ziemlich in die Ferne rückten und sich mit den praktischen Forderungen der Neubürger auf Gleichberechtigung in der neuen Heimat weitgehend solidarisierten mußten. Man hat den Eindruck, daß hier eine kleine Gruppe von „Führern“ versucht, das Heimatgefühl der Neubürger ebenso zu mißbrauchen, wie auf ihrem Rücken Karriere zu machen.

Sollen die Alten verhungern?

„Nun sind es wieder sieben Wochen, daß wir alten Leute über 70 Jahren vergeblich auf unsere Zulage warten. Auf diese Art werden wir im Vierteljahr um eine Ausgabe betrogen. Keine Trockenmilch noch entrahmte Frischmilch. Warum gibt man uns, wenn es an beiden fehlt, nicht einmal Marmelade oder Eipulver? Diese Sachen sind doch reichlich vorhanden. Oder will man uns nichts mehr geben? Mit der Neuwahl des Oberbürgermeisters hatten wir uns eine Besserung versprochen, aber es ist nur schlimmer wie vorher.“

So schreibt uns einer unserer Alten. Dazu wäre zu bemerken, daß nicht der OB, sondern Landwirtschaftsminister und Landesernährungsamt in Karlsruhe für die Zuteilungen verantwortlich sind. Wir nehmen aber bestimmt an, daß auch der OB sich für unsere alten Väter und Mütter einsetzen und daß der Hilferuf nicht ungehört verhallen wird.

Unter der Lupe

Nochmals: Gehortetes Freibankfleisch

Unsere Mitteilung: Freibankfleisch wird gehortet, in der letzten Nummer unseres Blattes, hat eine Reihe von Personen, Stellen und Behörden in Bewegung gebracht. Wir treffen in diesem Zusammenhang gerne die Feststellung, daß es sich bei der von uns genannten Firma Ott nicht um den Metzgermeister Ernst Ott in Q 3 handelt. Weiterhin ergaben unsere Nachforschungen, daß die von uns genannten 600 Viertel Fleisch infolge der Beschaffenheit des Freibankfleisches nicht das sonst aus 600 Vierteln zu erreichende Gewicht von 45 Tonnen, sondern nur ca. 12-15 Tonnen haben. Auch das ist noch eine Menge, die der Mannheimer Bevölkerung nicht vorzuenthalten werden darf. Wir machen nicht der Firma Ott einen Vorwurf, aber wir erklären eindeutig, daß es angesichts der katastrophalen Ernährungslage in Mannheim eine ganz große Unverantwortlichkeit der hierfür zuständigen Behörden ist, Freibankfleisch, das zudem durch die Einlagerung an Gewicht verliert, zu horten und der Bevölkerung noch länger vorzuenthalten.

Herunter mit den Reklameschildern

Viele Mannheimer Straßenbahner sind ehrlich empört über die an den Straßenbahnwagen neu angebrachten Reklameschilder. „Die guten Stegner-Nudeln“, so prangt es auf den Werbetafeln. Es ist zwar unverständlich, daß man heute für bewirtschaftete Waren, wie Nudeln, solche Reklame macht, wo jede Hausfrau froh ist, wenn sie überhaupt welche erhält. Unverzeihlich und geradezu ein Verbrechen ist es jedoch, daß für ein Werbeplakat 2,25 qm Sperrholz verwendet werden. 40 Schilder wurden geliefert. Es handelt sich also um einen Sperrholzverbrauch von 90 qm. Welche Behörde war so verantwortungslos und bewilligte der Herstellerfirma das erforderliche Holz für Reklamezwecke, wo aus der gleichen Menge z. B. 15-20 Bettstellen für arme ausgebombte Mannheimer hätten gefertigt werden können.

Die Mannheimer Stadtreklame, die diese Werbeschilder angenommen hat, hätte bereits als erste über solche Machenschaften protestieren müssen. Die Mannheimer Straßenbahner fordern: Herunter mit den Werbeschildern und Verwendung des Holzes für Gebrauchsmöbel, da für Reklameschilder, die an der Außenfront der Straßenbahnwagen befestigt werden, Sperrholz das denkbar ungeeignetste Material darstellt und, der Witterung ausgesetzt, innerhalb einiger Wochen unbrauchbar geworden ist.

Hauptberuf: Prediger und Versicherungsagent

Die Spruchkammer Mannheim hatte zu einer Verhandlung gegen den Prediger und Versicherungsagenten Julius Schwarz eingeladen. Zwei Jahre Zwangsarbeit, die bereits durch den Aufenthalt in Ludwigsburg ausgeglichen sind, war das Urteil. Dabei handelte es sich bei Schwarz um den berühmten Gestapoknecht, der vielen Mannheimer Antifaschisten in Erinnerung sein wird. Lag hier Absicht oder Versehen von seiten der Spruchkammer vor? Während der Verhandlung erwieb sich der wahre Beruf des Beschuldigten und trotzdem das obige Urteil. Berufung wegen dieses Urteils ist eingelegt und somit ist den Opfern von Schwarz noch Gelegenheit geboten, die Taten dieses Ehrenmannes der Vergessenheit zu entreißen.

Literaturvertrieb wieder frei

Wie uns unsere Literaturvertriebsstelle in Stuttgart mitteilt, ist ab 1. Juni die Sperre für Zeitungen und Zeitschriften aus der Ostzone aufgehoben. Es können somit wieder Zeitungen, Zeitschriften und sonstige Literatur aus der Ostzone bezogen und frei verkauft werden.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 29 000.

Quartiere

für den Bezirksparteitag am 4., 5. und 6. Juni 1948 in Mannheim.

Zur Unterbringung der Delegierten benötigen wir eine größere Anzahl Nachtquartiere. Wir bitten unsere Parteimitglieder und die Öffentlichkeit um zahlreiche Meldungen an unsere Stadttellortgruppen oder direkt an unsere Anschrift:

KPD, Stadtkreisleitung Mannheim, C 7, 5 oder telefonisch Nr. 519 61 oder 503 30.

KPD, Kreisvorstand Mannheim.

Das „Badische Volksecho“ gratuliert zum 75. Geburtstag

Am 1. bzw. 2. Juni begehen die Genossinnen Margarete Faulhaber, Mannheim-Waldhof, Am grünen Hag 6, und Karoline Mühlhäuser, Mannheim, Zepelinstraße 3a, ihren 75. Geburtstag. Sie sind beide noch sehr rüstig und gesundheitlich wohlbehalt.

Frau Margarete Faulhaber ist die Mutter des im Leichter-Prozess angeklagten und von den Nazis gemordeten Genossen Jakob Faulhaber. Als Arbeiterfrau ist ihr Leben ein steter Kampf, Not und Arbeit gewesen, das sie unverzagt auf sich nahm, im Glauben an eine bessere, schönere Zukunft aller arbeitenden Menschen, an den Sozialismus, wofür ihr Sohn sein Leben gab.

Genossin Karoline Mühlhäuser ist ein altes verdientes Mitglied unserer Partei. Zusammen mit ihrem Mann trat sie schon 1923 in die KPD ein und kann heute, an ihrem 75. Geburtstag, auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken. Neun Jahre war sie Putzfrau bei der Mannheimer „Arbeiterzeitung“ und gab erst bei Beschlagnahme der Zeitung durch die Nazis ihre Tätigkeit dort auf. Als aktives Mitglied der KPD konnte sie nach dem Verbot der Partei nicht untätig bleiben. Sie versuchte, Freunde um sich zu sammeln und organisierte kleine Versammlungen in ihrer Wohnung. 1934 kam sie mit ihrer gesamten Familie in Schutzhaft und hatte auch sonst unter den Nazis als aufrechte Antifaschistin allerhand zu erleiden.

Das „Badische Volksecho“ gratuliert Mutter Faulhaber und Mutter Mühlhäuser recht herzlich und wünscht, daß sie den Ihren und der Kommunistischen Partei noch recht lange erhalten bleiben.